

## Zwei Seiten einer Medaille

Das Grundgesetz verpflichtet Landesregierungen dazu, Bundesgesetze umzusetzen. Es verpflichtet sie nicht dazu, sie auch noch zu bejubeln.

Die PDS hat Hartz IV von Anfang an mit guten Argumenten kritisiert und Alternativen benannt. Sie fand bei den anderen Parteien kein Gehör. Jetzt, wo denen der Protest der Betroffenen gewaltig auf die Nerven geht, fordern sie uns auf, entweder freiwillig zu verstummen, oder, was ihnen noch lieber wäre, aus den Landesregierungen zu verschwinden. Alles im Namen der Konsequenz. Alles Unsinn.

Die Demokratie regelt Rechte und Pflichten, für jeden Bürger ebenso wie für eine Regierung. Dem Recht, gegen Hartz zu protestieren, stellt es die Pflicht zur Seite, ein beschlossenes Gesetz handwerklich sauber und korrekt umzusetzen. Das gilt in Berlin genauso wie in Bayern, wo die dortige Landesregierung aufgrund eines Bundesgesetzes Schwulen und Lesben eingetragene Partnerschaften gestatten muss, obwohl sie im Bundesrat dagegen gestimmt hat.

Die Zeit drängt. Noch hat die Bundesregierung bei Hartz IV ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Die Computersoftware fehlt ebenso wie genügend Personal für die Beratung der Langzeitarbeitslosen. Berlin ist da schon weiter. Am 26. August haben wir als erstes Bundesland die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und der Arbeitsagentur unterschrieben. Nur ein Schritt, aber ein wichtiger.

Er schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Langzeitarbeitslosen am 1.1. kommenden Jahres erstens ihr Geld bekommen und zweitens Beschäftigungsprogramme aufgelegt werden können. Dafür mit aller Kraft sich einzusetzen, ist für mich als Sozialistin genauso wichtig wie der Protest gegen ein unsoziales Gesetz. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

■ Dr. Heidi Knake-Werner,  
Sozialsenatorin



Der Landesvorstand der Berliner PDS ruft alle Mitglieder und Sympathisant/innen auf, sich an den Protesten gegen die unsozialen Hartz-Gesetze zu beteiligen.

Foto: ND-Archiv

## Datenschutz und Demokratie

Es schreibt sich herum: Wer in die USA fliegt, und sei es nur Transit, muss über 30 persönliche Daten hinterlegen. Sie werden registriert, gespeichert, verglichen und verarbeitet, von Sicherheitsämtern und Geheimdiensten. Die EU-Kommission hat dem Datenhandel zugestimmt. Innenminister Schily (SPD) und Außenminister Fischer (Grüne) waren ebenfalls dafür. Das EU-Parlament klagt dagegen. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes steht noch aus. Bis dahin werden weiter Millionen Daten gesammelt.

„Hartz IV“ ist in aller Munde. Wer künftig Arbeitslosengeld haben will, muss einen Fragebogen ausfüllen, 16 Seiten lang. Ich habe nachgezählt: Es geht um 70 und mehr Angaben zur Person, zu Angehörigen, über Guthaben, Lebensumstände, Hobbies. Das sei bei Sozialhilfeempfängern seit Jahren so, sagen die Befürworter. Schlimm genug, finde ich, nun wird es noch ärger.

Großhandelsketten testen derweil neue Chips. Elektronische Datensammler, die registrieren, was ihre Kunden so umtreibt. „Ein Profil erstellen“, heißt das in Fachkreisen, ein Persönlichkeitsprofil. Der Maut-Skandal um Verkehrsminister Stolpe ist noch nicht ausgestanden. Er kostet hunderte Steuermilliarden. Aber wenn das grandiose System erst funktioniert, dann geht es auch um Bewegungsprofile. Es wird erfassbar, wer wann wo und wie oft herumfährt.

Ganz so wie auf Bahnhöfen, in Innenstädten oder Konsumtempeln. Niemand bleibt unbeobachtet, denn überall spähen Videokameras nach allem und allen. Natürlich gibt es „gestrenge“ Vorschriften, was gefilmt und gespeichert werden darf. Zumindest gibt es Gesetze. Aber wer überwacht die Überwacher? Die Datenschutzbeauftragten im Bund und in den Ländern? Sie mühen sich. Die rot-grüne Bundesregierung? Sie hat sich früherer Ideale längst entledigt. Einstige Bürgerrechtler? Sie haben sich zerlegt oder wie Petra Pau (PDS im Bundestag) jüngst meinte: „Die meisten rühmen sich, immer weniger rühren sich.“ Der Schutz persönlicher Daten ist ein Grundrecht. Das hat das Bundesverfassungsgericht 1983 höchststrichterlich bekräftigt. Es war ein Sieg der Demokratie. Von da an ging's bergab. Die moderne Technik bietet Schnüfflern aller Couleur ungeahnte Möglichkeiten und die Politik öffnet ihnen immer mehr Türen, torweit. Gute Zeiten für Datensammler, schlechte Zeiten für Datenschützer. Ob Arbeits- oder Alltagswelt, das Thema drängt. Deshalb lädt die PDS zu einer Bestandsaufnahme am 2. Oktober 2004 nach Berlin. Das „Haus der Demokratie“ bietet der Konferenz ein Dach. Auch das ist gut.

■ Halina Wawzyniak,  
stellv. PDS-Landesvorsitzende

## Kita und Schule in Bewegung!

### Netzumstellung verschoben

Die PDS-Fraktion hält eine Verschiebung der geplanten Netzumstellung der BVG auf das Frühjahr 2005 für sinnvoll. Der Zeitplan, bei dem die BVG von einem Einführungstermin 12. Dezember ausgeht, überfordere alle Beteiligten, sowohl das Unternehmen selbst als auch die Fahrgäste und den Aufgabenträger, konstatierte die verkehrspolitische Sprecherin Jutta Matuschek. Die Gefahr sei hoch, dass ohne Verschiebung ein Provisorium in Kraft trete, das viele BVG-Kunden verärgere und dem Image des Verkehrsunternehmens weiter schade.

### Mehr Ausbildungsplätze

Das Land Berlin wird in diesem Jahr 618 Ausbildungsplätze im Arbeiter- und Angestelltenbereich anbieten. Das sind mehr Ausbildungsverhältnisse als im Tarifvertrag mit den Gewerkschaften vereinbart. Darin hatte sich der Senat verpflichtet, 500 Ausbildungsplätze pro Jahr anzubieten. Die angebotenen Stellen umfassen Berufe, in denen sowohl für den öffentlichen Dienst, zum Beispiel Verwaltungsfachangestellte, als auch für die private Wirtschaft, zum Beispiel Bürokaufleute und Arzthelfer, ausgebildet werden.

### Perspektiven für Berlin

Die PDS-Fraktion wird sich auf ihrer diesjährigen Klausur vom 24. bis 26. September in Szczecin mit den Perspektiven Berlins bis 2006 und darüber hinaus befassen. Neben den Chancen durch die EU-Osterweiterung geht es vor allem um die Potenziale Berlins als soziale Stadt, als Stadt des Wissens und der Bildung sowie als Stadt, die durch mehr Transparenz, mehr Demokratie und Bürgerrechte für die Zukunft gewappnet ist.

Unlängst hat Bildungssenator Böger das „Berliner Kita-Bildungsprogramm“ vorgestellt. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Anerkennung von Kitas als Bildungseinrichtungen.

Die Erarbeitung dieses Bildungsprogramms geht auf eine Initiative von PDS und SPD im Berliner Abgeordnetenhaus zurück und ist Teil eines ganzen Reformpakets zur Stärkung der vorschulischen Bildung, Erziehung und Betreuung. Dabei ist die Handschrift der PDS deutlich erkennbar. Für die PDS war stets unstrittig, dass Bildung nicht erst mit der Schule beginnt und dass eine Kita viel mehr sein muss als eine reine Betreuungseinrichtung. Und es war uns auch klar, dass ein guter Kita-Platz nicht unerhebliche Kosten verursacht.

Umso wichtiger ist es, dass sich der rot-rote Senat politisch dazu bekennt, die bedarfsgerechte Versorgung von Kindern mit Krippen-, Kita- und Hortplätzen auch unter den Bedingungen einer Haushaltsnotlage zu sichern.

Diese Anstrengungen werden von weiteren Reformvorhaben im Bereich Tagesbetreuung begleitet.

Besonders wichtig sind die Maßnahmen zur Qualifizierung der Erzieherinnen. Dazu gehört eine Reform ihrer Ausbildung. Diese beinhaltet u. a. die Modernisierung der Ausbildungsinhalte und eine Veränderung der Zugangsbedingungen. Bundesweit einzigartig ist die Durchführung eines Modellversuchs zur ErzieherInnen-Ausbildung an der Berliner Fachhochschule „Alice Salomon“ seit dem Sommersemester 2004, mit dem das bisherige Fachschulniveau auf Hochschulniveau angehoben wird.

Kindergarten und Schule werden künftig en-

ger zusammenarbeiten. Mit dem neuen Schulgesetz wurde ein neues Grundschulkonzept eingeführt, dessen wesentliche Bestandteile u. a. eine flexible Schulanfangsphase und ein früherer Schulbeginn sind. Kinder, die jetzt mit 5 ½ Jahren in die Schule kommen, werden eine Schule vorfinden, die sich auf unterschiedliche Entwicklungsniveaus besser einstellt und gezielter fördern kann.

Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen des rot-roten Senats für den Ausbau der ganztägigen Bildung, Erziehung und Betreuung an der Grundschule

Die PISA-Studie hat die Auffassung der PDS bestätigt, dass Kinder an Ganztagschulen besser gefördert werden können. Es ist der PDS-Fraktion gelungen, den jahrelangen Abbau der Schulhort-Plätze im Ostteil der Stadt zu stoppen und für die Kinder in der ganzen Stadt das Angebot der Betreuung in der Schule mit der Möglichkeit einer zusätzlichen Förderung zu verbinden. Davon profitieren auch die Eltern, die nun Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Die Umsetzung unserer Reformprojekte wird nicht in ein oder zwei Jahren abgeschlossen sein. Dass bei so vielfältigen und grundsätzlichen Änderungen in Kita und Schule vor Ort auch erhebliche Probleme auftauchen können, ist sicher verständlich. Trotzdem, der Weg ist richtig! Beweis dafür ist, dass uns nach anfänglicher Zurückhaltung und mancher Kritik mittlerweile immer mehr Zustimmung und Akzeptanz begegnen. Wir sind auf einem guten Weg.

■ Dr. Margrit Barth, MdA

**Jetzt erhältlich:**

**Das Leporello *Ganztags Schule? Gut für uns!* ist ab sofort bei der Fraktion bestellbar:**

Abgeordnetenhaus von Berlin  
PDS-Fraktion  
Niederkirchnerstr. 5  
10111 Berlin  
Tel. 030 / 23 25 25 10  
pds-fraktion.kontakt  
@pds.parlament-berlin.de



## Hartz IV? Man glaubt es nicht!

Montagsdemos werden wieder belebt, zehntausendfach. Es geht gegen „Hartz IV“. „Derfen die das?“, soll sich ein sächsischer König einst empört haben, als sein Volk aufmüpfte. Sachsens Ministerpräsident, Milbradt, ist raffinierter. Er habe gegen „Hartz IV“ gestimmt, suggeriert er, und sein Amts- und CDU-Bruder aus Sachsen-Anhalt, Böhmer, versucht dasselbe Verwirrspiel. Nix da! Über „Hartz IV“ wurde am 19. Dezember 2003 abgestimmt. Alle waren dafür! Im Bundestag votierte nur die PDS dagegen und im Bundesrat verweigerten lediglich die zwei rot-roten Landesregierungen die Zustimmung.

Andere üben Lachnummern, wie Vera Lengsfeld. Demonstrieren? Warum! Montags? Nie und nimmer! So ist das: Die einen Bürgerrechtler rühmen sich, andere rühren sich. Das ist der Unterschied. Gesine und ich sind durch die Lande gereist, nach Sachsen und ins Saarland, nach Pirmasens und Neuruppin, nach Nord und Süd. Vor Ort wurden wir querbeet und durch nahezu alle Parteien bestärkt: „Hartz IV“ löst wenig und schafft heftige Probleme. Das schärft meine Generalkritik: „Hartz IV“ ist der Gegenentwurf zu einem demokratischen Sozialstaat.

Übrigens: Als „Hartz IV“ Gesetz wurde, also am 19. Dezember 2003, kamen viele Abgeordnete anderer Parteien bei uns vorbei. Sie waren zum Abstimmen befohlen und wollten von der PDS im Bundestag hören, worum es konkret gehe. Wir wussten damals vieles, aber nicht

alles. Die komplette Vorlage, hunderte Seiten lang, wurde nämlich erst zu Sitzungsbeginn verteilt. Ergo beantragten wir, die Abstimmung zu verschieben. Das wurde abgelehnt und wir wurden von CSU-„Christen“ als „gottlos“ beschimpft. Sie forderten fröhliche Weihnachten, für sich.

Im Sommerurlaub lässt sich gut lesen. Ich hatte „Harry Potter“ mit, aber auch „Politisches“, Heiner Geißler zum Beispiel. Ich empfehle seine jüngeren Bücher. Er gehört zu den CDU-Politikern, die sozial, sogar radikal denken. Leider sind diese Exoten fast immer längst aus dem Amt oder, wie UN-Umweltemissär Klaus Töpfer, außer Landes. Hierzulande ist der Ton inzwischen schärfer geworden. Ich bin sicher, auch im Bundestag wird es demnächst rauer zugehen. Bütikofer gab schon seine Kostprobe. Er warf die PDS und die NPD in einen Topf und sprach von „rot und schwarz lackierten Populisten“. Er ist Sprecher der Grünen! Auch Kanzler Schröder (SPD) verbiegt die Geschichte. CDU und PDS würden eine üble „Volksfront“ bilden, schimpfte er. CDU-Chefin Merkel hat flugs klar gestellt: „Wir haben ‚Hartz IV‘ vorangetrieben, die PDS nicht.“ Immerhin, das stimmt!

■ Petra Pau, MdB



Gesine Lötzsch auf der Montagsdemo in Neuruppin am 23. August

Foto: Klaus Singer

## In Kürze:

### Irak-Krieg

Auf konkrete Fragen nach Kosten des Irak-Kriegs antwortete die Bundesregierung, dass es sich bei den NATO-AWACS-Flügen während des Irak-Kriegs, z. B. über der Türkei, um reine Routineflüge handelte und von daher auch keine Kosten entstanden seien.

### Aufbau Ost

Um die Wirtschaft in Ostdeutschland anzukurbeln, bedarf es öffentlicher Aufträge. Ein Erlass aus dem Jahre 1991, der Sonderkonditionen für ostdeutsche Unternehmen vorsah, wurde vom Bundeskabinett bereits 1995 sang- und klanglos aufgehoben.

### Frauen im Netz:

- ➔ [www.gesine-loetzsch.de](http://www.gesine-loetzsch.de)
- ➔ [www.petra-pau.de](http://www.petra-pau.de)

Petra Pau bietet auf ihrer Website einen Newsletter an, unter „Aktuell / Treffpunkt“ können Sie sich anmelden. Sie müssen dann die Registrierungsmail bestätigen und bekommen anschließend regelmäßig aktuelle Erklärungen, Reden etc. postwendend per E-Mail zugesandt.

### Bundestagsbüro Dr. Gesine Lötzsch

2. Obergeschoss  
Ahrenshooper Str. 5  
13051 Berlin  
Tel (0 30) 99 27 07 25  
Fax (0 30) 99 27 07 26  
wahlkreis@gesine-loetzsch.de  
[www.gesine-loetzsch.de](http://www.gesine-loetzsch.de)  
**Bürgersprechstunde:**  
21. 09. 2004, 17–18 Uhr

### Wahlkreisbüro Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12  
12627 Berlin  
Tel. (0 30) 99 28 93 80  
Fax (0 30) 99 28 93 81  
petra.pau@wk.bundestag.de  
[www.petra-pau.de](http://www.petra-pau.de)  
**Bürgersprechstunde:**  
15. 09. 2004, 12–14 Uhr

## **Übersicht über die Mandatsträgerbeiträge (Spenden) der Mitglieder der Fraktion**

Der monatliche Mandatsträgerbeitrag pro Mitglied der Fraktion beträgt 310,00 EUR.  
Das Soll per 31.07.2004 beläuft sich auf 2170,00 EUR. Der monatliche Mandatsträgerbeitrag der SenatorInnen ist 750,00 EUR. Das Soll per 31.07.2004 beträgt 5250,00 EUR.  
Mit Heidi Knake-Werner gibt es eine gesonderte Vereinbarung.

**Baba, Evrim: 2.170,00 EUR** Barth, Margrit: 1.240,00 EUR  
**Brauer, Wolfgang: 1.000,00 EUR** Breitenbach, Elke: 2.170,00 EUR  
**Doering, Uwe: 2.170,00 EUR** Dott, Minka: 2.170,00 EUR  
**Flierl, Thomas: 5.250,00 EUR** Freundl, Carola: 2.170,00 EUR  
**Hiller, Gabriele: 1.550,00 EUR** Hinz, Delia: 2.480,00 EUR  
**Hoff, Benjamin-Immanuel: 2.170,00 EUR** Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel: 2.170,00 EUR  
**Hopfmann, Karin: 2.170,00 EUR** Kaczmarczyk, Walter: 2.170,00 EUR  
**Klemm, Gernot: 2.170,00 EUR** Knake-Werner, Heidi: 1.750,00 EUR  
**Krüger, Marian: 1.400,00 EUR** Lederer, Klaus: 2.170,00 EUR  
**Leuschner, Petra: 2.800,00 EUR** Liebich, Stefan: 2.800,00 EUR  
**Matuschek, Jutta: 2.170,00 EUR** Michels, Martina: 2.170,00 EUR  
**Nelken, Michail: 1.860,00 EUR** Over, Frederik: 2.170,00 EUR  
**Pewestorff, Norbert: 1.550,00 EUR** Sayan, Giyasettin: 2.240,64 EUR  
**Schaub, Siglinde: 0,00 EUR** Schulze, Stefanie: 2.370,00 EUR  
**Seelig, Marion: 2.480,00 EUR** Simon, Ingeborg: 2.147,46 EUR  
**Spindler, Jan: 0,00 EUR** Vordenbäumen, Vera: 2.170,00 EUR  
**Wechselberg, Carl: 1.550,00 EUR** Wolf, Harald: 5.250,00 EUR  
**Wolf, Udo: 2.170,00 EUR** Zillich, Steffen: 2.184,00 EUR  
**Zotl, Peter-Rudolf: 1.860,00 EUR**